

Adressenverzeichnis

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 Mm. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 5

69. Jahrgang

Berlin, den 13. Mai 1931

Nummer 38

Der Kapitalismus am Scheideweg

Es sind gerade keine tiefgründigen neuen Gedanken, die ein Großindustrieller, der sich Heinz Dietrich nennt, in einer bei Hans Odenburg (Lübeck) erschienenen Schrift „Der Kapitalismus am Scheideweg“ vorträgt. Aber es ist nicht das selbe, ob Arbeiter und Angestellte an der Richtigkeit der heutigen privatkapitalistischen Handlungs- und Wirtschaftsweisen zu zweifeln beginnen oder ob Unternehmer und Wirtschaftsleiter selbst sich fragen: „Muß die Wirtschaft neue Wege der Entwicklung einschlagen, steht sie an einem Scheideweg?“ Man zweifelt also daran, ob man noch auf dem richtigen Weg ist. Und solcher Zweifel ist in unserer Zeit der grauigsten Arbeitslosigkeit, die es je gab, wohl verständlich. Wenn Zweifel dazu führen, ehrlich und gründlich zu untersuchen, wie wirklich die Verhältnisse liegen, wo Fehler und Mängel bestehen, die beseitigt werden müssen, können sie den Anfang einer Besserung und Gesundung bedeuten. Indessen: „Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer“. Aber haben nicht in andern großen Wirtschaftsstaaten, so besonders in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien, auch führende Männer ähnliche Zweifel in die Richtigkeit der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsweisen gesetzt? Erwägt man nicht in Unternehmern, sowohl ausländischen als auch deutschen, die Notwendigkeit und die Möglichkeit, die Arbeitslosigkeit durch bedeutende Verkürzung der Arbeitszeiten zu überwinden oder doch wesentlich zu mildern? Ist der alte Glaubenssatz „Länger und mehr arbeiten und weniger verbrauchen“, der vor einigen Jahren noch allgemein von der Unternehmerschaft betont wurde, heute noch irgendwo zu hören? Darf in der gegenwärtigen Zeit engster und vielseitigster weltwirtschaftlicher Verflechtungen noch jemand wünschen, daß ein unterdrücktes Volk „sich wieder großhungert“, daß es schüchtern für andere und sich selbst alle Unnehmlichkeiten der Kultur verjagt? Wollen nicht alle Völker von ihrem Überfluß verkaufen? Schaffen sie dadurch nicht erst Arbeit? Und kann durch Arbeit der Natur nicht immer mehr an Schätzen abgewonnen werden? Kann nicht durch gegenseitige Unterstützung und gegenseitigen Ausgleich der Kräfte und Werte am besten die Gesamtkultur der Menschheit gehoben werden? Müßten nicht die weltwirtschaftlichen Vorgänge des Erzeugens und Austauschens von Dingen und Gütern ins Stocken und in Unordnung geraten, wenn in der weltwirtschaftlichen Einheit Stellen der vollständigen Verzerrung entstehen, wie es jetzt durch die kurzfristigen sogenannten Friebsverträge eingetreten ist? Darf die Wirtschaft eines Landes oder die der Welt gegen die naturgesetzliche Zweckmäßigkeit der Kräfte verstoßen, wenn sie gesund und leistungsfähig bleiben will? Solche Fragen und noch viele ähnliche werden in letzter Zeit immer allgemeiner erhoben. Man fängt an, im großen und im kleinen tiefer zu schürfen, um die wahren Ursachen der heutigen Notzustände zu erkennen. Und das ist gut.

Wenn in Deutschland 4 Millionen Arbeitslose vorhanden sind, sagt der Verfasser der Schrift „Der Kapitalismus am Scheideweg“, dann bedeutet das einen jährlichen Lohn- und Gehaltsausfall von ungefähr 10 Milliarden Mark. Das schwächt natürlich die Kaufkraft ganz gewaltig, nicht nur die Inlandkaufkraft, sondern auch die Weltkaufkraft, denn es werden ja von 4 Millionen Menschen — inzwischen waren es bereits 5 Millionen geworden — keine Werte erzeugt, die mit andern Werten ausgetauscht werden können. Das Leben pulst im kleinen und im großen langsamer, als wenn genügend Arbeit vorhanden ist. Der Verfasser sagt, daß die deutschen Steuern und sonstigen Lasten und die Zinsen zu hoch seien und daß unglückliche Handelsverträge die Ausfuhr erschweren. Der Reichs- und Länderverwaltungsapparat verschlinge zu viel Geld. Das ist teilweise richtig und mit einer Lenkungsursache. Wichtig ist auch, daß die Reparationslasten unträglich hoch sind. Es gilt also, eine wirklich an die Wurzeln der Dinge kommende Weisheit, Staats- und Verwaltungsreform durchzuführen. Lenkung, die durch Zerspaltung der Arbeit entsteht, kann und muß beseitigt werden. Aber nicht nur im staatlichen Arbeitsvorgang, sondern auch im privaten wirtschaftlichen. Und daran muß immer wieder von der staatlichen Seite aus erinnert werden. Wenn in einer Stadt von 30 000 Einwohnern 60 Kohleneinzelhändler vorhanden sind, statt vor dem Kriege vier, dann kann die Unwirtschaftlichkeit wohl nicht mehr gesteigert werden als es hier auf einem Einzelgebiet der Arbeit geschehen ist. Und diese Zustände sind keine Ausnahme. In einer deutschen Großstadt kamen nach statistischen Ermittlungen ganze

14 Haushaltungen auf eine privatwirtschaftliche Warenverteilungskette. Für den Lebensmittelhandel waren es 24 Haushaltungen. Die Warenverteilungskette ist ganz bedeutend kostspieliger, als sie zu sein braucht, wenn auch nur einigermaßen rationell gearbeitet würde, was natürlich bei so ungeheurer Zerstückelung nicht möglich ist. In der wirtschaftlichen Zerstückelung liegen noch weit größere Steuerungsquellen als in der politischen Zerstückelung. Durch Vereinfachung des Zusammengehörigen können hier wie dort bedeutende Kostenersparnisse erzielt werden. Kostenentungen führen zu Preisentungen, und diese zu neuen Arbeitsmöglichkeiten durch Mehrverbrauch oder Senkung der Lebenshaltung der Massen.

Heinz Dietrich sagt in seiner Schrift, daß die deutsche Ausfuhr um 40 Proz. gesteigert werden müßte, wenn die Reparationszahlungen aus der deutschen Ausfuhr geleistet werden sollen. Das ist natürlich vollständig ausgeschlossen; denn wo viel ausgeführt werden soll oder muß, muß auch viel eingeführt werden, und nicht nur Rohstoffe, sondern auch Verbrauchsware. Außerdem kommt hinzu, daß die gegenwärtige deutsche Ausfuhr zum großen Teil auf Kosten der Inlandsverbraucher erfolgt, die einen Teil des Ausfuhrpreises auf den Inlandspreis übernehmen müssen, was den Inlandsverbrauch herunterdrückt.

Sehr erfreulich ist es, daß der Verfasser der Schrift den Mut findet, den deutschen Industriellen die große Unwirtschaftlichkeit vorzuhalten, die in der konzernierten Wirtschaft besteht. Der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schmidt hätte nicht so sehr den Oberbürgermeistern wie arme Schächer ihre Verwaltungsläden vorhalten brauchen als den Industriellen mit ihren aufgeblähten Konzernverwaltungen. Er erinnert daran, daß es in Deutschland so etwas wie eine „Sonditrantheit“ gäbe. „Wo waren“, so fragt der Verfasser, „bisher die Wirtschaftsführer, die in der Vereinfachung und Verebilligung ihrer Verwaltungen und der gesamten Lebensführung mit gutem Beispiel vorangingen?“ Und weiter: „Wo waren die führenden Männer der Wirtschaft, die in der Regierung persönliche Verantwortung übernehmen wollten?“

Der Verfasser ist bemüht, auch andern Teilen des Volkes als der eignen Klasse, gerecht zu werden. Er gesteht es gern ein, daß der Warenabsatz durch die Aufwärtsentwicklung der Löhne und Gehälter verbessert werden muß. Er glaube nicht, daß das deutsche Realeinkommen wesentlich höher sei als vor dem Krieg, obgleich die Löhne beträchtlich gestiegen seien. Daß die höheren Löhne die Industrie nicht sonderlich belasten, zeigt er an der großen Leistungssteigerung der Arbeiter in den modernisierten Betrieben. Diese betrage je Kopf und Schicht im Ruhrbergbau 321 kg, sie sei von 1913 bis 1929 von 943 kg auf 1284 kg gestiegen. Die Gesamtzeugung der Berliner Metallindustrie belaufe sich auf jährlich etwa 1200 Millionen Mark, wovon nur 300 Millionen Mark auf Löhne entfielen, also 25 Proz. Die Lohnhöhe sei für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Ausfuhrwaren nicht mehr ausschlaggebend. Es müsse fast eine Zurechtweisung der öffentlichen Meinung genannt werden, wenn von industrieller Seite immer wieder behauptet würde, die Arbeitslosigkeit könne nur durch Lohnsenkungen überwunden werden. Der Verfasser sagt sodann, er habe wahres Verständnis für die Aufgaben der Sozialpolitik, man dürfe aber nicht die Augen davor verschließen, daß zwischen dem Willen der politischen Parteien und dem Können der deutschen Wirtschaft oft ein Widerspruch bestehe.

Der Spiegel, den Dietrich seinen Standesgenossen vorhält, zeigt vieles Fählliche und Verkehrte. Das Fählliche vom Fähllichen ist wohl das trübste Bild von der gewissenlosen Kapitalverflechtung. Deutschland hungere nach Kapital, besonders die mittlere und kleine Industrie. Aber deutsche Kapitalisten hätten schätzungsweise 8 bis 10 Milliarden Mark über die deutschen Grenzen verschoben. Diese selben Kapitalisten aber würden nicht müde, immer wieder das Klagegeld von dem Mangel an Kapital anzuflehen. Die Höhe des Zinsfußes sei von den Großkapitalisten mitverschuldet, was sie aber durchaus nicht abstellte, die Geldsteuerung als für Deutschland vernichtend zu beklagen. Oft laue deutsches Fluchkapital fremde Industrien auf, die den deutschen Auslandsbewerber erschweren und die Arbeitslosigkeit steigerten. Dietrich sagt: „Und dieser Kapitalismus fordert nicht nur den Schuß der deutschen Geheße für sich, sondern auch allerhand Schonung, namentlich in steuerlicher Hinsicht, sonst — wandert er einfach aus.“

Hart klagt sodann der Verfasser das deutsche Bankkapital an: Es hätte die Führung in der deutschen Wirtschaft an

sich gerissen und zeige eine wenig weitblickende Haltung. Den Banken sei es gleichgültig, ob durch ihre rein gewinnstreberische Haltung die Arbeitslosigkeit größer werde, ob Arbeiter, Angestellte und Beamte entlassen werden müßten und die öffentlichen Körperchaften in Schwierigkeiten gerieten.

Auch die Fehler der Handelspolitik hätten die Arbeitslosigkeit in Deutschland verschlimmert. Dafür sei aber nicht die Regierung verantwortlich zu machen, sondern die Industrie und Großlandwirtschaft; Schwerindustrie, weiterverarbeitende Industrie und Großlandwirtschaft ständen beständig miteinander im Kampf. Die stark kartellierte Schwerindustrie habe es verstanden, die Preise ihrer Waren übermäßig hoch zu halten und die Einfuhr fremder Rohstoffe und Halbfabrikate fast ganz zu unterbinden. Die verarbeitende Industrie erzeuge infolgedessen sehr teuer. Der Verfasser führt ein Beispiel aus der eisenhaltigen Industrie an. Den Vorkriegspreis gleich 100 gesetzt, ergeben sich von 1924 bis 1930 folgende Preisänderungen: In Frankreich sank der Preis von 78 auf 72, in England von 113 auf 94, in den Vereinigten Staaten von 139 auf 112. Der Weltmarktpreis stellte sich von 114 auf 101 um. Lediglich in Deutschland stieg der Preis, und zwar ganz gewaltig, nämlich von 119 auf 138. Die Reallohne sind in England wesentlich höher als in Deutschland, und Lohnvergleiche mit Amerika sind vollständig unmöglich; trotzdem sind auch in den Vereinigten Staaten die Preise sehr stark gesunken. Aber in Deutschland steigen sie bei jedem Wirtschaftswetter.

Dietrich hält sodann den Einfluß der Großlandwirtschaft auf die Regierung für sehr schädlich. Wenn er weiter anhalte, führe er zu Katastrophen. Die hohen Getreidepreise seien den Bauern nachteilig. Schon vor dem Krieg sei diese Politik falsch gewesen. Es heißt in dem Buch: „Wenn die Politik des Schutzes der Großlandwirtschaft jemals richtig gewesen wäre, dann hätte sie doch die deutsche Landwirtschaft endlich einmal gesund machen müssen.“ Die Schutzpolitik hat der Landwirtschaft nichts genützt und auch der Erlaß der privaten Schulden aus der Vorkriegszeit nicht. Der Großgrundbesitz war vor dem Krieg zu 65 Proz. seines Wertes verschuldet, und jetzt wächst er mit Riesenschritten in eine neue, diesmal sehr hochprozentige Verschuldung hinein. Hätte man die Großlandwirtschaft nicht mit allerhand Gewaltmitteln am Leben zu erhalten versucht, dann wäre die Befriedung Ostdeutschlands viel leichter gewesen als sie jetzt ist. Die Zurückleitung der in den Städten nicht mehr zu beschaffenden Menschen auf das Land hätte der Arbeitslosigkeit stark entgegengewirkt. Und der Bodenertrag wäre durch gründlichere Bearbeitung des Bodens bedeutend zu steigern gewesen. Das führt besonders überzeugend der Großlandwirt Rudolf von Koschützki in seinem Buch „Die Quelle der Kraft“ aus. Deutschland muß die landwirtschaftlichen Edelzeugnisse, Fleisch, Butter, Milch, Käse, Eier, Geflügel, Obst und Gemüse, möglichst selbst erzeugen. Dazu sind natürlich verfeinerte Betriebe nötig, die die Weisheit vorwiegen selbst bearbeiten. Die großbetriebliche Kornzeugung ist für Deutschland unrationell. Korn ist äußerst billig im Ausland zu kaufen; landwirtschaftliche Edelzeugnisse dagegen sind durchweg auch auf dem Weltmarkt nicht billig. Steht dem Klein- und Mittelbetrieb billiges Korn zur Verfügung, dann werden auch die landwirtschaftlichen Edelzeugnisse billiger gewonnen, und es sinken nicht nur die Brotpreise, sondern auch die Butter-, Milch-, Eier-, Fleischpreise usw. Industriewaren werden im Übermaß, landwirtschaftliche Edelwaren dagegen zu wenig in Deutschland erzeugt. Dabei werden die Erzeugungsmöglichkeiten der Industrie längst noch nicht ganz ausgenutzt. In der Industrie herrscht ein gewaltiger Leerlauf und in der Landwirtschaft wird erst wenig rationell gewirtschaftet; es muß hier vor allem darauf hingearbeitet werden, hochwertige Normwaren herzustellen und auf dem Genossenschaftsweg vorteilhaft abzusetzen. Die Händler sichern sich verhältnismäßig hohe Verdienste an den landwirtschaftlichen Erzeugnissen, und der Landwirt selbst bekommt sehr oft weniger als zur Deckung der Selbstkosten nötig ist. Sowohl die Landwirte als auch die Verbraucher müßten ihre wirtschaftlichen Selbsthilfeorganisationen ausbauen. Das gesamte, im Kern längst sehr ungesunde Warenverteilungswesen könnte durch das Mittel organisierter Selbstvertretung wahrscheinlich wieder technisch und moralisch vollwertiger werden.

Die technische Leistungsfähigkeit der Industrie wächst weiter; die Technik wird auch in Zukunft schneller laufen als der Verbrauch. Es besteht kaum die Möglichkeit, die

arbeitslos gewordenen Menschen voll wieder in Industrie, Gewerbe und Handel einzureihen. Heinz Dietrich hält es für erforderlich, die 40stündige Arbeitswoche einzuführen. Dadurch könne die Arbeitslosenzahl um 2 Millionen verringert werden. Mit der Senkung der Preise müsse die Regierung endlich ganze Arbeit machen. Der Kapitalismus müsse das Opfer bringen, mit niedriger Rente zufrieden zu sein, denn heute sei das Volk in Not. Ferner müsse ein neues Schuljahr eingeführt werden. Das Bantelions müsse überwandt werden. Für die Rationalisierung müsse ein Sperrjahr eingeführt werden. Weiter müsse alles gesehen, was geeignet sei, eine Verringerung der Reparationslasten zu erzielen.

Für den Warenabsatz und Verbrauch bleibt in Zukunft der Inlandmarkt die Hauptsache. Das betonen alle Praktiker und Theoretiker der Wirtschaft ganz übereinstimmend. Auch Dietrich sagt es. Also muß das Schwergewicht aller Maßnahmen auf die Preisentlastung gelegt werden. Der Verfasser betont, daß die Befriedigung menschenarmer Gebiete in großzügiger Weise vorgenommen werden müsse. Das Meliorationsprogramm des preussischen Landwirtschaftsministers hält er für die Quelle der Verschwendung öffentlicher Gelder. Wir sollten doch einmal zunächst den ertragfähigen Boden düfter besiedeln und besser ausnützen.

Der Verfasser schließt seine freimütigen Ausführungen mit der Mahnung an die Wirtschaftsführer, zu beweisen, daß die kapitalistische Wirtschaftsweise inlande tief, sich den Verhältnissen anzupassen. Können sie das nicht, könne sie nicht die Arbeitslosigkeit beseitigen, dann werde sie als überlebt beiseitegeschoben werden. A. S.

Schulung erwerbsloser Gewerkschafter

Da Kollege Schmidt (Freiburg), der im „Korr.“ Nr. 34 die Frage der Schulung erwerbsloser Kollegen aufgeworfen hat, am Anfang seines Artikels die von mir in Nr. 21 des „Korr.“ aufgestellte Behauptung ansieht, daß „unser nächste Aufgabe eine organisierte“ sein müsse, um „unsern Verband kampffähig zu machen“, und außerdem die Wichtigkeit dieses Themas weit über den Rahmen unseres Verbandes hinausgeht, möchte ich einige Gedanken darüber äußern.

Die Frage, ist es richtig, die erwerbslosen Gewerkschafter gewerkschaftlich zu schulen, sollte von zwei Seiten aus unbedingt bejaht werden. Einmal ist es eine sittliche Pflicht, alles zu tun, um die erwerbslosen Gewerkschaftskollegen gegen den monotonen Gang des Erwerbslosenlebens zu schützen. Wer selbst erwerbslos ist — oder gewesen ist —, wird bestreiten müssen, daß die Gefahr, gegen das öffentliche Leben, und somit gegen den politischen Tageskampf abzustumpfen und gleichgültig zu werden, gerade hier sehr groß ist. Es gibt wohl keine größere Qual für den moralischen Menschen, als arbeiten zu wollen und nicht arbeiten zu dürfen. Wer nicht alles tut, den Erwerbslosen den Gedanken der Solidarität näher zu bringen und ihnen gegenüber selbst Solidarität zu üben, macht sich mitschuldig, wenn aus der Gleichgültigkeit zuletzt Streiftreiber entstehen.

Nicht alle Gewerkschaftsverbände unterschätzen ihre erwerbslosen Kollegen durch dauernde Inertheit vor dem größten wirtschaftlichen Elend, wie unser Verband es tut! So kommt es, daß die Verbindung mit ihren Gewerkschaften teils nicht mehr vorhanden ist und Gleichgültigkeit dem gewerkschaftlichen Kampf gegenüber eintritt. Über die erwerbslosen Gewerkschafter stellen sich zum gewerkschaftlichen und politischen Tageskampf so ein, daß sie Karolen folgen, die nicht nur ihnen, sondern der gesamten Arbeiterbewegung oft mehr schaden, als nützen. Darum ist es zweifellos berechtigt, wenn vor allem die Erwerbslosen, welche am gewerkschaftlichen und politischen Kampf interessiert sind, die Forderung nach besonderer Schulung erheben. Mit größter Wahrscheinlichkeit ist jedoch anzunehmen, daß auch die andern, nicht so aktiven Gewerkschafter die Kurse besuchen werden; sei es im Anfang aus Neugierde oder um die Zeit totzuschlagen. Wieviel Erwerbslose man durch diese Kurse erfassen kann, wird die Praxis ergeben. Jedenfalls könnte so die Freizeit der erwerbslosen Gewerkschafter besser ausgenutzt werden, als das bis heute der Fall war.

Aus dem Gesagten ergibt sich schon, daß es nicht nur eine sittliche, sondern gleichzeitig eine politische Pflicht ist, diese Kurse einzurichten! Und das sollte für uns der Grund sein, diese Frage zur Debatte zu stellen. Die vielen gewerkschaftlich organisierten Erwerbslosen für den Gewerkschaftskampf ausgebildet, geschult und gefestigt, würden tatsächlich „für den Befreiungskampf der Arbeit“ von großer Bedeutung sein.

Natürlich wird die Organisierung dieser Kurse nicht von heute auf morgen geschehen können. Bildungsarbeit ist immer mit Schwierigkeiten verbunden und bedarf ausdauernder Geduld; auch wenn es im Anfang nicht so recht klappt. Vielleicht könnten wir Buchdrucker auch hier einmal wieder mit gutem Beispiel vorangehen.

Auf zwei Gefahren möchte ich noch hinweisen: erstens auf die Gefahr der Nichtinnehaltung der gewerkschaftlichen Grundsätze und zweitens auf die Gefahr der Verbildung. Die Gefahr der Nichtinnehaltung der gewerkschaftlichen Grundsätze ist vorhanden, wenn in den Kursen irgendwelche Interessen einer politischen Partei propagiert würden. Damit würden diese Kurse ihren Zweck verfehlen! Der oft kleinlichen, parteipolitischen Zänkerei müsse dadurch kein Vorbehalt geleistet. Ziel dieser Kurse soll doch sein, a k t i v e Gewerkschafter zu bekommen; möglichst viele erwerbslose Gewerkschafter zu erfassen. Für die gewerkschaftlichen Forderungen, z. B. Kampf dem Lohnabbau, Einführung der 40-Stunden-Woche, Sicherung der Arbeitslosenunterstützung usw., wird jeder Gewerkschafter

sich einsehen, ungeachtet seiner parteipolitischen Einstellung. Darum ist parteipolitische Neutralität bei dieser Bildungsarbeit unbedingt notwendig!

Die Gefahr der Verbildung ist vorhanden, wenn den Kursteilnehmern lediglich formales Wissen übermittelt würde. Es kommt darauf an, Gewerkschafter zu schulen, die den wirtschaftlichen Tageskampf meistern können. Sonst würde freilich alle Arbeit umsonst sein. Proletarische Bildungsarbeit darf für die Teilnehmer nicht Selbstzweck sein; sie hat nur den einen Sinn: die ausbeutungsfreie Gesellschaft vorzubereiten!

Erwähnt muß aber noch werden, daß der „Fluch der Arbeitslosigkeit“ weniger in der aufgezogenen Freizeit liegt, als vielmehr in dem Verdienstaussfall. Die wirtschaftliche Notlage der Erwerbslosen ist eine viel größere Gefahr für Durchbrechung der gewerkschaftlichen Disziplin, als ihre täglichen Spaziergänge. Wenn wir die Frage der Schulung aufwerfen, so müssen wir uns gleichzeitig überlegen, wie es möglich ist, die aufgezogene Not der Erwerbslosen zu lindern. Nicht aus Mitleidigkeit, sondern aus dem Gedanken der Solidarität!

Ein großer Solidaritätsakt gegenüber den Erwerbslosen ist zweifellos im Augenblick: verkürzte Arbeitszeit zu fordern. Aber bei Einführung der 40-Stunden-Woche würde auf je fünf Arbeiter im Betrieb nur ein Arbeiter eingestellt werden können. Es wären somit längst nicht alle Erwerbslosen in den Produktionsprozess wieder eingereicht. Ein Teil, auch bei uns Buchdruckern, müßte weiter das Los der Arbeitslosigkeit erdulden. Ist es da nicht ratsamer, wenn die in Arbeit stehenden zwei Stundenlöhne zugunsten der Erwerbslosen abfinden würden? Durch dieses Opfer wäre die wirtschaftliche Not der erwerbslosen Gewerkschafter um ein Großes gelindert und die im Betrieb stehenden Gewerkschafter hätten nicht den Lohnausfall von acht Stunden. Gleichzeitig wäre das Verhältnis zwischen stempelnden und beschäftigten Gewerkschaftern hergestellt. Unser Verband ist ja auch hier schon um einiges den andern Verbänden vorangegangen durch die Sonderabgabe der überartikalisch entlohten Kollegen.

Manche Kollegen werden vielleicht einwenden, dadurch auch viel „Raum“ unterfliegen zu müssen, die, wie schon erwähnt, gerade durch die Erwerbslosigkeit ertragen werden. Die Gefahr ist natürlich vorhanden, würde aber folgendermaßen zu umgehen sein. Diese Sonderunterstützung dürfte eben nur an die erwerbslosen Gewerkschafter ausgegahlt werden, die an den Schulungskursen und an der Gewerkschaftsarbeit sich aktiv beteiligen! So könnte man den Fluch der Arbeitslosigkeit von den Schultern der erwerbslosen Klassengenossen nehmen. Gleichzeitig bekämen wir neue Kämpfer in unsrer Reihen.

Göttingen. Erwin Ries.

Nachbrotverbot und Brotpreis

Die willkürliche Erhöhung der deutschen Getreide- und Mehlpreise hat in fast allen Städten eine Erhöhung des Brotpreises zur Folge gehabt und erneut die Frage des Nachbrotverbots aufgeworfen. Von Gegnern des gesetzlichen Arbeiterschutzes wird behauptet, daß das Nachbrotverbot das Brot wesentlich verteuere. Besonders die Brotfabrikanten erklären, daß, wenn sie in drei Schichten arbeiten könnten — also auch des Nachts —, sich das Brot wesentlich billiger stellen würde. Wie aber der Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter nachzuweisen in der Lage ist, treffen alle diese Behauptungen nicht zu. Das Brot wird noch zu etwa 92 Proz. in Kleinbäckereien hergestellt. Die Gesamtproduktion an Backware hatte im Jahre 1928 einen Wert von 2880 Millionen Mark. Die Profibakern und Konsumvereinsbäckereien sind am Gesamtwarenumsatz mit nur 312 Millionen Mark = 11,6 Proz. beteiligt. Die Großproduktion beträgt in diesen Betrieben nur 65 Proz. der Backwarenproduktion. Der Rest entfällt auf Weißbäckerei, Konditorei und sonstige Nebenabteilungen (Zwieback, Keks, Nudeln, Paniermehlfabrikation). Die Betriebe, die für einen Dreischichtenbetrieb in Frage kämen, sind nur mit rund 100 Millionen Mark an der Gesamtbackwarenproduktion beteiligt, an der Großproduktion sogar nur mit 4,3 Proz.

In Deutschland sind etwa 600 Konsumbrotbäckereien und Profibakern vorhanden. Von diesen Betrieben kämen für einen Dreischichtenbetrieb jedoch nur 81 Betriebe in Frage. Alle anderen Betriebe beschäftigen weniger als 20 Personen beim Backwarenprozess, die nach dem heutigen Stand der technischen Einrichtungen notwendig sind, um rationell arbeiten zu können. Bei weniger Personen würde ein größerer Leerlauf eintreten, als heute durch die achtstündige Nachtruhe.

Von einer Verteuerung des Brotes durch das Nachbrotverbot kann deshalb keine Rede sein, weil der Lohnanteil bei einem Brot 6 bis 7 Proz. beträgt. Wesentlichsten Brennstoffverbrauch, Kraft, Reparaturen, Miete, Zinsen und Amortisation betragen im Durchschnitt die Gesamterstellungskosten 15,01 Proz. des Brotpreises. Bei einem Durchschnittsbrotpreis von 38,8 Pf. pro Kilo Brot, wie er vor der Erhöhung bestand, entfallen 5,84 Pf. auf Herstellungskosten. Damit dürfte die Behauptung entkräftet sein, daß durch die Aufhebung des Nachbrotverbots der Brotpreis um 4 bis 7 Pf. gesenkt werden kann. Nach den Angaben der Profibakern soll durch das Nachbrotverbot eine Verteuerung von durchschnittlich 5 Proz. zu verzeichnen sein. Diese Verteuerung könnte nur in den Ankostenhängen liegen, die durch das Nachbrotverbot beeinflusst werden sollen, und diese sind: angeblicher Mehrverbrauch an Kohlen, geringerer Mietanteil, weniger Zinsen und Amortisationen für Ofen, Gebäude und Maschinen; Brennstoff, Miete, Zinsen und Amortisation machen im Durchschnitt 4,97 Proz. des Brotpreises aus, oder pro Kilo Brot 1,93 Pf.

Würden also durch Zulassung der Nacharbeit diese Ankostenhänge um 5 ja selbst 10 Proz. herabgedrückt werden können, dann würde dies, gemessen am Gewicht des Berliner Brotes auf 8 bzw. 4 Brote eine Ersparnis von einem Pfennig ausmachen. Diese Ersparnis würde eine Mehrausgabe für Licht und höhere Löhne wieder aufheben. Zu derselben Erkenntnis kam auch der Sachverständige der Unternehmer vor dem Ausschuss zur Unterjudung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft (3. Unterausschuss, 9. Arbeitsgruppe, Handel), der dort ausführte: „Wenn die Bäcker aber die Nachschicht als Nacharbeit bezahlet haben wollten, würde der Gewinn wieder verloren gehen.“ Daß wegen des Nachbrotverbots kein schmaches Roggenbrot hergestellt werden könne, da die Zeit zu einer ordnungsgemäßen Sauerteigführung zu kurz sei, kann nur von einem Nichtfachmann behauptet werden. Der Sauerteig hat acht Stunden Zeit zur Gärung, die voll ausreicht. Wenn die Qualität des Brotes nachgelassen hat, so liegt dieses an den zu verarbeitenden Rohstoffen. Heute wird ausschließlich deutsches Getreide verarbeitet. Eine Mischung mit guten und trockenen fleberischen ausländischen Weizen ist auf Grund des Brotgesetzes und des Verzehrgewanges inländischer Getreide nicht möglich. Darunter hat aber die Qualität des deutschen Brotes erheblich zu leiden. Mit der Kunst des Bäckers oder dem Nachbrotverbot hat dieses nichts zu tun. Auch trifft es nicht zu, daß die Großbetriebe in ihrer Entwicklung gehindert sind. Festgestellt ist, daß die heutigen Betriebsanlagen nicht annähernd ausgenutzt werden. In den 81 Betrieben, die für einen Dreischichtenbetrieb in Frage kommen könnten, stehen 1296 Backöfen; davon liegen 50 Öfen vollständig still, außerdem 33 Öfen teilweise, davon 30 Öfen vier und mehr Tage in der Woche. Man könnte einwenden, es handelt sich hier um Kleinstbetriebe. Auch dieses trifft nicht zu. Bei der Unterjudung der Zahl der Beschäftigten ergibt sich dasselbe Bild. In den Betrieben, die regelmäßig in zwei Schichten arbeiten, von morgens 5 Uhr bis 1 Uhr und von 1 bis 9 Uhr abends, werden in der ersten Schicht 1582 Personen und in der zweiten Schicht 731 Personen beschäftigt. Die Betriebe, die in einer Schicht arbeiten, beschäftigen vormittags 1637 Personen und nachmittags werden 288 Personen mit Aufräumungsarbeiten und Vorbereitungsarbeiten für den nächsten Tag beschäftigt. Die Betriebe könnten also heute im Zweischichtenbetrieb fast das Doppelte ihrer Produktion herstellen. Für eine dritte Schicht wäre eine Absatzmöglichkeit überhaupt nicht vorhanden. Daher erklären auch die technischen Leiter der Bäckereigrößbetriebe fast einmütig: die Freigabe würde eine Verteuerung der Arbeitszeit in die Nachschicht bedeuten, dafür würden die Betriebe am Tage still liegen. 4238 Personen sind in den Betrieben beschäftigt, die für einen Dreischichtenbetrieb in Frage kommen könnten. Sie würden dann jede dritte Woche nachts arbeiten müssen. Würde den Großbetrieben die Nacharbeit zugestanden, könnte sie den Kleinbetrieben nicht vorenthalten werden, weil eine technische Möglichkeit zur Kontrolle dieser Betriebe gar nicht gegeben wäre. Es gäbe keine Regierung, die in der Lage wäre, zu verhindern, daß die Kleinbetriebe sich dasselbe Recht nehmen würden, das den Großbetrieben zugestanden und auch nachts arbeiten würden. Selbst unter Anwendung großer Mittel würde sich eine Kontrolle der hunderttausend Kleinbetriebe nicht durchführen lassen. Jede Lockerung des Nachbrotverbots, jedes besondere Zugeständnis an eine kleine Zahl von Betrieben muß das Nachbrotverbot in Gefahr bringen. Fortfall des Verbots der Nacharbeit in den Bäckereien würde 250 000 Menschen dazu verurteilen, Nachts für Kraft zu arbeiten zu müssen. Diese 250 000 müßten auf jede Kulturerrungenschaft verzichten und würden dazu verurteilt sein, im Gegensatz zu allen andern Bevölkerungsschichten ihr Leben als ständige Nacharbeit fristen zu müssen. Wer heute noch behaupten will, daß durch Aufhebung des Nachbrotverbots eine Verteilung des Brotes eintreten könnte, tut das gegen besseres Wissen. All die hygienischen und sozialen Mißstände, die in der Vorkriegszeit bestanden haben, würden wieder als Folge der Nacharbeit in Erscheinung treten, und wir zweifeln, ob die Bevölkerung diese Mißstände wieder mit in Kauf nehmen wird bei der Herstellung ihres wichtigsten Nahrungsmittels. Hinter der Forderung auf Beseitigung des Nachbrotverbots durch den Reichslandbund lauert der Generalangriff der Großagrarien auf die Arbeiterschutzesetze. Diese Herrschaften wissen ganz gut, daß, wenn es jetzt möglich wird, einen Quaderstein aus der Sozialgesetzgebung herauszubringen, dann wird es um so leichter gelingen, auch alle übrigen Errungenschaften der Arbeiter stark zu verflechten. Mit ihren unerfüllbaren Forderungen der weiteren Schröpfung der Konsumenten durch Zollerhöhungen und Subventionen an die Landwirte würden sie vollen Erfolg erreichen. Der Kampf geht also nicht mehr allein um die Aufrechterhaltung des Verbots der Nacharbeit in den Bäckereien, sondern um die sozialen Errungenschaften der arbeitenden Klasse. Die Reichsregierung muß endlich den Mut aufbringen, den Reichslandbund in seine Schranken zu weisen. Auch die Landwirtschaft hat sich den Zeitverhältnissen anzupassen. Sie kann sich nicht mehr auf die Erzeugung von Produkten verlassen, die nicht viel Mühe und Arbeit verursachen, aber keinen Witz finden. Der Verbrauch an Roggen geht zurück in Deutschland wie in andern Ländern. Niemand kann den Konsumenten zwingen, Roggenbrot zu essen. Es ist eine grobe Irreführung der Öffentlichkeit, wenn behauptet wird, durch das Verbot der Nacharbeit in den Bäckereien sei der Konsum von Roggenbrot zurückgegangen, weil es an Qualität leide. Für die Bäckereigrößbetriebe ist es ein Armutszeugnis, wenn sie behaupten, sie seien durch ihre moderne technische Einrichtung nicht fähig, am Tage ein schmackhaftes, bekömmliches Brot herzustellen zu können.

Korrespondenzen

Bremen. Untere Bezirksversammlung am 23. April war gut besucht. Eingangs gedachte Bezirksvorsitzender G o l e r t erobend seinen verstorbenen Kollegen. Dann begrüßte er die neuangelernten Kollegen und forderte sie auf sich als klaffenbewußte Kämpfer den Reihen der übrigen Kollegenhaft anzuschließen. Eine große Sorge zur Hebung der Arbeitslosigkeit war stets die Bekämpfung des Überflusses an Arbeitskräften. Für die mittleren und großen Betriebe kann gesagt werden, daß Überflüsse nicht mehr vorkommen, wohingegen in den kleineren noch Auswüchse aufzutauchen, so daß ein Kollege mit einer empfindlichen Geldstrafe bestraft werden mußte. Anschließend nahm die Versammlung Stellung zur Waiseier. Der Vorstand machte den Vorschlag, daß sich alle Kollegen den Aufrufen des A D G B und des Verbandsvorstandes zu eigen machen und möglichst geschloffen an der Morgen demonstration und den Abendveranstaltungen mit der gesamten Arbeiterschaft teilnehmen. Zur weiteren Tagesordnung lagen Anträge gegen zwei Kollegen vor, die entgegen dem Verbandstagsbeschlüssen anlässlich der Arbeiter- bzw. Angestelltenliste auf der Liste der Roten Einheitsfront kandidierten. Da die betreffenden Kollegen nicht bereit waren, die vom Bezirksvorstand geforderte Erklärung abzugeben, in Zukunft die Beschlüsse des Verbandes und die Richtlinien des A D G B als für sich bindend zu betrachten, wurde ihr Ausschluss aus der Organisation von der Versammlung gutgeheißen. Wenn schon die Debatte zur Waiseier äußerst lebhaft war, so wurden in dieser Ausdrucksform die politischen Klagen besonders scharf geäußert. Zeitweilig grüßte Lurche der Kollegenhaft hervorzuheben. Zur „Geldbewilligung“ beantragte der Vorstand, allen Arbeitslosen, die sich am 1. Mai an der Morgen demonstration beteiligen, wie in jedem Jahre, so auch diesmal ein Gehalt von 3 M. auszuscheiden; dieser Antrag fand allseitige Zustimmung.

Essen. (H a n d e l s e r.) Untere Versammlung am 19. April fand im Zeichen eines Vortrags des Herrn R. Siegfried Ziegler über „Kulturfortschritt im 20. Jahrhundert und seine Auswirkungen“. Nachdem der geschäftliche Teil erledigt und der Vorsitzende einen kurzen Bericht über die Hauptversammlung der Gauvereinigung in Köln gegeben hatte, erließ der Referent das Wort. Ausgehend von dem Begriff „Kultur“ erklärte er, daß Kultur und Technik zusammengehören. In früheren Zeiten sei den Fortschritten in der Technik der Fortschritt der Kultur auf dem Fuße gefolgt. Leider ist das heute anders. Man könne ruhig sagen, je weiter und höher sich die Technik entwickle, desto tiefer sinke die Kultur der breiten Masse des Volkes, und nur ein kleiner Teil der Menschen nimmte die Segnungen der höher entwickelten Technik für sich in Anspruch. Der Referent zeigte dann in kurzen Worten, welche Segnungen die höher entwickelte Technik für eine klassenlose Gesellschaft haben könnten. Vereinfachung und Vereinfachung der Produktion, also Vereinfachung derselben, müßte bei gerechter Verteilung auch der breiten Masse einen Fortschritt der Kultur gebracht haben. Was sehen wir aber? Nun, wir verspüren es ja jeden Tag an eigenem Leibe: Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Lohnabbau und damit Sinnschwund ins Elend, in die Krebseite von Kultur. Dr. Ziegler zeigte dann weiter an einzelnen Beispielen, die neuesten Erfindungen auf physikalischem und chemischem Gebiet, die es ermöglichen, durch die raffiniertesten Maschinen mit weniger Menschen das Vielfache von früher herzustellen oder durch Gewinnung von Rohstoffen, die fast nichts kosten und früher brach lagen, die Produktion zu verbilligen. Er zeigte aber auch, wie der internationale Kapitalismus alle diese Erzeugnisse nur für sich in Anspruch nimmt und nicht nur keine Vereinfachung der Erzeugnisse eintreten läßt, sondern auch einzelne Fortschritte der Technik, die ihm ungenügend werden könnten, aufkauft und einfach verschwinden läßt und damit der Menschheit den Kulturfortschritt vorenthält. Dr. Ziegler kam zum Schluß zur Auffassung, daß wenn wir nun leben, daß uns die höher entwickelte Technik bisher nur neue Lasten und neues Elend gebracht hat, wir nun doch nicht zu Maschinenkämpfern werden sollten, sondern im unablässigen jähren Kampf dafür sorgen müßten, daß die Segnungen der Technik zum Gemeingut aller werden, daß dem Höherstehenden der Technik auch wieder ein Höherstehenden der Kultur folge. Dr. Ziegler erntete für seinen Vortrag regen Beifall, und die kurze Debatte bewies, daß er verstanden worden war. Kollege B o n g e r s gab hierauf den Referentbericht, der einstimmig genehmigt wurde. Kollege G. S t r e i c h behandelte anschließend im Namen des Vorstandes die Arbeitsgemeinschaft mit der Ortsgruppe Essen des Bildungsverbandes. Nach einigen erläuternden Worten des Vorsitzenden und des Vorsitzenden der Bildungsverbandesgruppe wurde der Vorstand beauftragt, die Arbeitsgemeinschaft zu vollziehen. Es ist dadurch endlich auch in Essen gelungen, nach vielen Bemühungen den ersten Schritt auf diesem Gebiet zu gehen. Hoffen wir, daß die anderen Sparten bald folgen. Nachdem noch der Beschluß gefaßt worden war, den auswärts wohnenden Mitgliedern bei Besuch der Versammlungen das Fahrgeißel zu erstatten, fand die sehr anregend verlaufene Versammlung ihren Abschluß.

Frankfurt a. M. (M a s c h i n e n s e h e r.) Am 19. und 20. April hielt Kollege D i e s h o l z (Wießen) einen hochinteressanten Vortrag über „Das Metall in den Druckereien, in besonders: Das Schmelzbleimetal“. In der Einleitung betonte er, daß wir früher als Handseher nur mit fertigen Typen zu tun hatten, jetzt aber unser Zeilen selbst gießen müssen. Wollen wir als Maschinenseher ein gutes Zeilenprodukt liefern, so müssen wir also dem Blei die größte Aufmerksamkeit schenken; wir müssen es behandeln lernen. Von der Beschaffenheit des Bleies hängt nicht nur der gute Guß ab, sondern schlechtes Blei kann auch die Ursache sonstiger Fehler sein. Im ersten Vortrag behandelte der Referent die Erze, ihre Verarbeitungen und die Zinn- und Kupferlegierungen, die zweite Vortrag: Die Legierungen: Zinnblei, Zinnblei und eutektische Legierungen, Schmelz- und Gießtemperaturen, Seigerungen, Reinigung des Metalls. Unahen wurden durch einige Lichtbilder ergänzt. Die Firma Wesenfeld & Dide (Wuppertal-Barmen) hatte einige Metallproben zur Verfügung gestellt, die gleichzeitig während der Vorträge auslagen. Für dieses Entgegenkommen sei der Firma auch an dieser Stelle gedankt. Wer aufmerksam zugehört hat, dem wird der Vortrag sehr nützlich gewesen sein. Aber in der Regel liegt ja die Metallfrage bei dem Schmelzbleimetal. Das

teuerste Metall ist das billigste. Würde man für immer das Zeileneinbleimetal einstellen und auch bei nur einer Schmelzmaschine einen Schmelzofen anschaffen, so wäre der Seher imstande, ein gutes Zeilenprodukt zu liefern; auch die letzte Zeit des ewigen Metallverlust fällt fort. Außer der Luftverpuffung ist ein Metallverlust bei dieser Art Schmelzbleimetal ebenso unausbleiblich wie ein allmähliches Vertragen des ganzen Gießapparats der Schmelzmaschine. Auch wenn ein Umbleimetal vorhanden ist, sollte das Blei in gewissen Zeitabständen analysiert werden, damit dem Metall wieder die richtigen Bestandteile hinzugefügt werden können. Die elektrische Heizung ist ein Freund des Bleies, da diese ein Überbleiben ausschließt. Nach beiden Vorträgen folgte eine Ansprache, die uns noch manchen guten Wink für die Praxis brachte. Vorsitzender K l e i n dankte dem Kollegen D i e s h o l z für seine sehr lehrreichen und verständlichen Worte und hofft, daß die interessanten Ausführungen gute Früchte tragen mögen. Nach den beiden Vorträgen wurden noch die internen Angelegenheiten behandelt. Ausschloffen wurde ein Mitglied wegen Kesslers. Die Kollegen D e l s und P l a n z begingen dieses Jahr ihr 25jähriges Jahrestagsgedächtnis; aus diesem Grunde beglückwünschte der Vorsitzende die Jubilare mit dem Wunsch, auch weiterhin treu zu unrer Sparte zu stehen und mitzuarbeiten, wie sie es bisher getan haben. Beide wurden mit einem Budgetbescheid bedacht. Die Jubilare dankten für die ihnen zuteil gewordene Ehrung und drückten zum Ausdruck, daß sie auch in Zukunft ihren Mann stehen werden. Nachdem Kollege K l e i n zur Geschlossenheit für die Zukunft gemacht hatte, wies er zum Schluß noch auf die am zweiten Pfingsttag stattfindende Veranstaltung des Offenbacher Bezirksvereins sowie auf den Nierentypen-Vortrag am 17. Mai im „Gloriapalast“ hin und bat um zahlreiche Beteiligung.

Samburg. In unrer Versammlung am 21. April machte Vorsitzender F r. N u t k e r zunächst einige Mitteilungen. Unter den seit der letzten Versammlung verstorbenen Kollegen befand sich Johannes Erftke. Er war lange Jahre in verschiedenen Ehrenämtern tätig. Zuletzt als Vorsitzender des Schiedsamts Samburg. Das Andenken der Verstorbenen wurde wie üblich gelehrt. Arbeitslosen waren am Versammlungstag 810 Kollegen. Sodann wurde zu zahlreicher Beteiligung an der Waiseier aufgerufen. Den Betriebsräten und Vertrauensleuten wurde nahegelegt, dafür zu sorgen, daß während der jetzt beginnenden Urlaubszeit Einstellungen von erwerbslosen Kollegen erfolgen. Ferner wurde ermahnt, darauf zu achten, daß die neu zur Einstellung gelangten Lehrlinge der Lehrlingsabteilung zugeführt werden. Dem Verband angehörende Mitglieder, die im Angestelltenverhältnis stehen, dürfen auf keinen Fall einen Revers unterschreiben, durch die sie bei Streiks oder Aussperrungen zu technischen Arbeiten herangezogen werden können. Ein solches Arbeitsverhältnis ist nicht vereinbar mit der Mitgliedschaft im Verband. Nach kurzer Begründung durch F r. N u t k e r wurde beschlossen, in diesem Jahr ein Johannisfest nicht zu veranstalten. Sodann nahm Kollege H u m p l e r Veranlassung, auf die Besteuerung der Überflüsse und deren Nebenwirkungen näher einzugehen. Kollege K e u s c h e r begründete sodann eingehend folgenden Antrag, der mit großer Mehrheit angenommen wurde: „Der Beschluß der Versammlung vom 27. Oktober 1930, betreffend Besteuerung der Überflüsse, wird aufgehoben. Gleichzeitig forderte die Versammlung den Verbandsvorstand auf, unter Aufhebung des Beschlusses der Gauvorsichterskonferenz vom Dezember 1930, für das ganze Verbandsgebiet eine nach dem tariflichen Arbeitsentkommen aus schärfste progressive gesteuerte Extrafsteuer auf Grund § 8 der Verbandsstatuten anzuordnen. 33 1/2 Proz. dieser Extrafsteuer soll den Gau-, Bezirks- und Ortsvorsitzenden für Unterstützung besonders bedürftiger Kollegen zur Verfügung gestellt werden.“ Nach Anfragen mehrerer Kollegen, die vom Vorsitzenden beantwortet wurden, begründete dieser einen Antrag des Vorstandes, die Kollegen W. Sosnowski, August Scheidewitz und H. Dittmann auf Grund des § 10a und die Kollegen E. Schardt, E. Koppitzke und J. Tegner auf Grund des § 10b der Verbandsstatuten auszuschließen. Nachdem acht Redner zu dieser Angelegenheit gesprochen und Kollege N u t k e r nochmals in Ausführung über die Beschlüsse des A D G B, gegeben hatte, wurden die vorgenannten Kollegen mit Mehrheit aus dem Verband ausgeschlossen. In eine Kommission zur Vorberatung der neuen Satzungen wurden sechs Kollegen gewählt; zu denen noch vier Vorstandsmitglieder treten. Die Versammlung war von etwa 750 Kollegen besetzt.

A. E. Röh. In unrer Bezirksversammlung am 18. April gedachte Vorsitzender Janzen mit ehrenden Worten vier verstorbenen Kollegen. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten stellte sich Kollege F e r t e, unser neuer zweiter Gewerkschaftsleiter, mit einem Vortrag: „Gewerkschaftliche und politische Zeitfragen“, der Kölner Kollegenhaft vor. Der Redner verband es, mit seinem zeitgemäßen Thema und der Klarheit seiner Ausführungen die Versammlung zu fesseln. Er begann mit der Unterfuchung der Wirtschaftskrise und den tieferen Ursachen der großen Arbeitslosigkeit, und kam zu dem Ergebnis, daß die Einführung der 40-Stunden-Woche zur teilweisen Hebung der Arbeitslosigkeit zwingende Notwendigkeit sei. Solidarische und kollegiale Pflicht der Arbeitenden sei es, Opfer zu bringen, um Arbeitslose in den Produktionsprozess einzureihen und ihnen so wieder zu ihrem Recht auf Arbeit zu verhelfen. Im zweiten Teil seiner Ausführungen beleuchtete er die gewerkschaftsfeindliche und arbeitserfindliche Verheerung der Nationalsozialisten und A D G B, die alles darauf anlegten, den Spaltiß in die Arbeiterschaft zu tragen und sie gegen ihre Führer aufzuheben. In der ausgiebig und sachlich verlaufenden Diskussion wurde der 40-Stunden-Woche mit erträglichem Lohnausgleich das Wort geredet. Mit dem Dank des Vorsitzenden an den Referenten schloß die in allen Teilen anregend verlaufene Versammlung.

Landesrat i. S. M. (H a l b j a h r s b e r i c h t.) Im nunmehr verfloffenen Winterhalbjahr herrschte auch in unrem kleinen Ortsverein regles Leben. Dieses kam vor allem in dem Willen zum Ausdruck, sich weiterzubilden. Diente die Oktoberversammlung im besonders der Aufstellung des Winterprogramms und der Erledigung dringlicher Angelegenheiten (Unterstützung der Durddressenden u. a.), so brachte bereits die Versammlung im November einen Vortrag. Aber die Kreisvorsitzendenkonferenz des Bildungsverbandes in Magdeburg sprach der Kollege W s m u s, der an der

Konferenz teilgenommen hatte. In längeren Ausführungen verstand der Vortragende den Versammelten ein Bild über die in Magdeburg geleistete Arbeit zu geben. Die vom genannten Kollegen ausgetragenen Drucksachen wurden besichtigt und besprochen. — Die Dezemberversammlung brachte einen interessanten Vortrag des Kollegen J u n g l über die Entwicklung der Schmelzblei. Redner schilderte die einzelnen Modelle, ihre Entwicklung bis zu ihrer heutigen Form. Zahlreiche zirkulierende Abbildungen unterstützten die lehrreichen Ausführungen. — In der Januarversammlung erstattete Vorsitzender K e h den Jahresbericht, der einen Einblick in die drücklichen Verhältnisse und einen Überblick über die geleistete gewerkschaftliche Arbeit gab. Die Kassenerhältnisse sind gute. Aus der Vorstandswahl gingen u. a. hervor Kollege K e h als Vorsitzender und als Kassierer Kollege Z h i r n e r. Den Abschluß der Generalversammlung bildete ein gemütliches Beisammensein mit Damen. — Die Versammlung am 1. März brachte einen Vortrag des Kreisleiters des Bildungsverbandes, Kollegen R y g u l s k i (Görlitz), über Kalkulation. Der Vortragende entlegte sich der Aufgabe mit großem Geschick, und seine angeführten Beispiele waren recht belehrend. Gleichzeitig hatte der Referent Gelegenheit, die erste in unrem Ortsverein zusammengetragnene und ausgeteilte Rundsendung zu besprechen. Wenn auch nicht alle Arbeiter der Kritik standhalten konnten, so war doch zu ersehen, daß auch die hiesigen Kollegen sich der heutigen Zeit anpassen verstanden und ganz brauchbare Arbeiten liefern. Aus den Berichten der Vertrauensleute der einzelnen Druckereien war zu ersehen, daß auch die hiesigen Prinzipale den Lohnabbau durchgeföhrt haben. — Die letzte Versammlung des Winterhalbjahrs am 18. April brachte nach der Aufnahme eines neuangelernten Kollegen einen Vortrag des Kollegen W s m u s über „Auffstiegsmöglichkeiten im Beruf“. In mehr als einhundert Ausführungen verstand er es, den Kollegen klarzumachen, daß es Wege des Aufstiegs gerade in unrem Beruf gibt. Durch Weiterbildung ließe sich der bisherige Lebenslauf unrer Fachzeitschriften, fleißiger Besuch der Veranstaltungen des Bildungsverbandes und intensives Selbststudium haben schon manchen Kollegen vorwärtsgebracht. Für seine erlöschenden, leichtverständlichen Ausführungen wurde dem Vortragenden lebhafter Beifall gezollt. Beschlüssen wurde, am Himmelfahrtstag einen gemeinsamen Ausflug in den schönen Osten des Rielengebietes zu unternehmen und auch das Johannisfest durch einen Ausflug zu begehen. Auch nach dieser Versammlung blieb man in echt kollegialer Weise noch einige Stunden beieinander. Hoffentlich ist auch in Zukunft weiter das rege Interesse der Kollegen für die Veranstaltungen des Ortsvereins vorhanden, wie es in diesem Winterhalbjahr zu beobachten war.

Leipzig. (H a n d e l s e r.) Ein Vortrag: „Die 50 schönsten deutschen Bilder des Jahres 1930 mit einem Vergleich der 50 schönsten ausländischen Bilder“, war das Hauptthema unrer A p r i l v e r s a m m l u n g. Referent war Herr Dr. O d e n b e r g, Leiter der Abteilung für künstlerische Drucke an der Deutschen Biherei. Aus berufenem Munde hatten die Versammlungsteilnehmer Gelegenheit, die Gesichtspunkte kennenzulernen, unter denen die Auswahl der schönsten Bilder erfolgt ist. Die Werte aus Amerika, Holland und der Tschechoslowakei fanden, mit einem Vergleich zu den deutschen, in künstlerischer und technischer Hinsicht besondere Behandlung. Der lebhafteste Beifall war Beweis, daß der Referent für seinen belehrenden und anregenden Vortrag volles Verständnis gefunden hatte. Auch die Biherausstellung im Saale fand das größte Interesse aller Kollegen. Speziell die neuangelernten Kollegen, die das erste Mal an einer Handseherversammlung teilnahmen, fanden an diesem Vortrag eine gute berufliche Fortbildung und die beste Erfahrung über die Bestrebungen unrer Sparte. Unter „Vereinsmitteilungen“ machte Vorsitzender S o f m a n n darauf aufmerksam, daß auch hier einige Prinzipale mit allerlei Druckmitteln versuchen, den Leistungslohn abzubauen. Pflicht aller Kollegen ist, mit Unterfuchung der Betriebsräte und Organisationsleitung diese Veruche von vornherein abzuwehren. Sodann billigten die Kollegen den Beitritt unrer Vereinigung zum Deutschen Verein für Buchwesen und Schrifttum (Deutsches Buchmuseum). Drückliche Angelegenheiten bilden den Schluß der Versammlung.

Wienig. (W i e r t e l j a h r s b e r i c h t der Arbeitsgemeinschaft der Ortsgruppen des Bildungsverbandes und der Handseher.) Nachdem im Januar beide Vereinigungen getrennt ihre Hauptversammlungen abgehalten hatten, hörten wir im Februar einen Vortrag des Kollegen H e l l s c h e r (Breslau) über „Wie bereichere ich meine Arbeitsleistung?“. Anschließend fand eine Besprechung des Jahreskartenausstufes der Zentrale des Bildungsverbandes statt. — Anfang März sprachen Kollege W d o l f über „Zeitmäßiges Schaffen in der Brodringpraxis“ und Kollege K o p p s c h über „Der Handseher im heutigen Arbeitsprozess“. — Ende März hatten wir Gelegenheit, einen ausgezeichneten Vortrag des Kollegen S e l m a n n (Wiesfeld) über „Neuzeitliche Typographie“ zu hören und seine dementsprechende Ausstellung zu bewundern. Gerade dieser Abend, an welchem wir etwa 120 Kollegen muftern konnten, dürfte als Höhepunkt unres ersten gemeinsamen Arbeitsplans zu verzeichnen sein. — Im April konnten wir unrem Mitgliedern wieder einen besonderen Abend bieten. Kollege F e i g e (Nieda) referierte über das Thema: „Und nach 1918? — Was?“ Die rege Beteiligung an der Diskussion zeigte, mit welcher Aufmerksamkeit die Zuhörer dem Redner gefolgt waren, andererseits aber auch, auf welcher Stufe sich unrer Kollegen in Bezug auf „Politik“ befinden.

Lingen-Meyen. In unrer F r ü h j a h r s v e r s a m m l u n g, die am 18. April in Lingen stattfand, waren die Kollegen aus beiden Orten zahlreich erschienen. Nach der Begrüßung der Versammelten, besonders des Bezirksvorsitzenden, Kollegen H e r l i g u s, durch den Lingenener Vorsitzenden verlas letzterer den Geschäftsbericht des verfloffenen Jahres, dem sich der Geschäftsbericht des Meyener Vorsitzenden für seine Ortsgruppe anschloß. Als ein bereites Zeichen der Not kam es wohl betrachtet werden, daß sich im letzten Jahr 105 durchgehende Kollegen um Unterfuchung an unrer abgelegene Ortsgruppe wandten. Beiden Vorständen wurde Entlastung erteilt. Dann wurde zur Vorstandswahl geschritten, die für beide Orte eine einstimmige Wiederwahl des alten Vorstandes ergab. Sodann ergriff unser Bezirksvorsitzender das Wort zu seinem Referat über „Lohn- und Arbeitslohnproblem“, das er in kurzgefaßten, leichtverständlichen Worten recht inhaltreich zu gestalten wußte. Nachdem er die allgemeine Kritik des letzten

Schiedsgerichts erwähnt hatte, sprach er über die Vor- und Nachteile der Schlichtungsordnung. Weiter nahm er Stellung zu dem vielerorts erfolgten Abbau der Leistungszulagen, die Arbeitslosigkeit und Arbeitszeitverkürzung. Die Vorschläge der Brauns-Kommission bezeichnete er dabei als unannehmbar, da sie dem Arbeitnehmer die ganze Last allein auferlegen. In der lebhaftesten Diskussion wurde vor allem die Frage aufgeworfen, wie lange die Schlichtungsordnung gegen unsere Interessen noch aufrecht erhalten werden soll. Es wurde um Einleitung von Schritten und geeigneten Maßnahmen erlucht, die Angriffe auf unsere Tarifhöhe von vornherein möglichst aus- schließt auf unsre.

Wienburg. Unsere Frühjahrs-Bezirksver- sammlung, die aus allen Orten gut besucht war, fand am 26. April in Wien (Luhe) statt. Zuvor konnten wir durch freundlichen Entgegenkommen die Papierfabrik J. S. Eppen beschäftigen, von der jeder vollauf beschriebt gewesen sein wird. Bezirksvorsitzender Wiesel hieß in der Versammlung die Teilnehmer willkommen, vor allem unsern zweiten Verbandsvorsitzenden, Kollegen Barth, und den Vertreter des Gauvorsitzenden, Kollegen Baumann (Sannover). Danach ging er kurz auf den Jahresbericht ein, streifte die Verhältnisse des Bezirks und machte die Mitteilung, daß nun endlich bei der Handwerkskammer Harburg der Sachausfluß gebildet worden sei und seine Tätigkeit aufgenommen hat. Es gehören diesem vier Ge- hülfen aus dem Bezirk Wienburg und ein Gehilfe aus dem Gau Nordwest und ebenfalls Stellvertreter an. Die Ab- rechnung vom dritten und vierten Quartal 1930, die ge- druckt vorlag, wurde durch Entlassung des Kassierers genehmigt. Dann hielt Kollege Barth einen hochinter- essanten Vortrag über „Unsre Aufgaben in Staat und Gesellschaft“. Er verstand es, seine Zuhörer alle Plätze der Wirtschaftsbewegung und -strife in trefflicher Weise vor Augen zu führen und erntete reichen Beifall. Der Antrag des Ortsvereins Harburg, den Bezirksvorsitzenden vom Vorort wählen zu lassen, wurde angenommen. Auf Anregung aus Mitgliedskreisen wurde beschlossen, die Herbst-Bezirks- versammlung eventuell ausfallen zu lassen und den so gesparten Betrag der Reisekosten als Weihnachtsunter- stützung für arbeitslose Kollegen zu verwenden. Als nächster Tagungsort wurde Wienburg gewählt. Der Vorherrsche wies dann noch auf die am 7. Juni an Wauenburg (Eise) stattfindende Bezirks-Bezirksversammlung hin und sprach den Wünscher Kollegen den Dank für ihre Mühe und Arbeit aus.

Mainz. Maschinenhefter. — Vierteljahrs- bericht. Unsere Versammlung am 4. Januar beschäftigte sich hauptsächlich mit dem Rundschreiben des Verbands- vorstandes über die Lohnfrage, Abbau der Leistungszu- lagen, Verkürzung der Arbeitszeit und verschiedene An- gelegenheiten. — Die Generalversammlung am 28. Fe- bruar brachte zunächst eine lebhafte Aussprache über den Lohnschiedspruch, nach Bekanntgabe einiger geschäftlicher Mitteilungen gab Vorsitzender Scheidner den Jahres- bericht über das verstorbene Geschäftsjahr, woran an- schließend Kollege Lehr den Kasfenbericht erstattete. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl der bisher amtierenden Kollegen, lediglich für einen in den Jubiläumsstand übergetretenen Kollegen wurde ein Ersatzmann gewählt. Anschließend an die Generalversammlung fand ein Dis- kussionsvortrag über die Intertypie statt. In etwa ein- stündigem Vortrag führte Kollege Thyeret (Frankfurt am Main) an Hand von Lichtbildern alle Neuerungen und Vereinfachungen der Intertypen den Kollegen vor Augen. Reicher Beifall lohnte seine Ausführungen. — In der Versammlung am 19. April wurde eine Neuaufnahme vollzogen sowie ein Kollege wegen Resten ausgeschlossen. Im Laufe des Sommers findet ein Berechnungs- von- seiten des Gaus in Mannheim statt. Hierzu wurden von der Versammlung auf Vorschlag des Vorstandes zwei Kollegen delegiert. Weiter wurde noch beschlossen, dieses Jahr die Wanderversammlung des Bezirks in Alzey ab- zuhalten, voraussichtlich mit dem Jubiläum des Meyer Ortsvereins.

Neudamm. In unserer Versammlung am 18. April widmete zunächst Vorsitzender Wilhelm Schroeder dem verstorbenen Druckerkollegen Hugo Wietze einen Nach- ruf. Viele Jahre war der Verstorbene im Orts- und Bezirksvorstand tätig, außerdem war er Vorsitzender der Druckersparte und hat häufig als Delegierter an Sparten- tagungen teilgenommen. Bei der Firma J. Neumann hatte er bis zu seiner Überführung nach Küstern einen Sitz im Betriebsrat. Immer war Kollege Wietze bereit, sein Wissen für die Kollegenhaft zur Verfügung zu stellen. Wir werden seiner in Ehren gedenken. Nach Erstattung des Kasfen- und Kartellberichts hielt Kollege Otto Meyer einen Vortrag über das Thema „Aufbau — nicht Ab- bau“. Er legte seinen Ausführungen den im „Korr.“ Nr. 23 enthaltenen Artikel des Kollegen Hermann Kotte zugrunde und zerpflückte dessen Ausführungen. Bezug- nehmend auf den Organisationsvertrag, der im Jahre 1906 dem Tarif angehängt war, kam Redner auf die Schlicht- sungsordnung zu sprechen. Wenn er auch nicht mit allen Sprüchen der Schlichter einverstanden sei, so müsse er doch sagen, daß das Schlichtungswesen für die Gesamtarbeiter- schaft recht nützlich und nach noch weiter sein werde. Was die weiteren Ausführungen und in dem Artikel des Kol- legen Kotte betreffe, der Staat habe für uns nichts getan, so nannte Kollege Meyer einige gravierende Zahlen über die Zuschüsse zu den Renten (Invaliden, Kranken usw.), die einem Referat des Reichstagsabgeordneten Aufhäuser entstammten. Redner schloß seine sehr lehrreichen Aus- führungen mit dem Wunsch: „Nicht abwärts soll es gehen, sondern aufwärts!“ Die Aussprache über diesen Vortrag war sehr reg, doch von durchaus kollegialem Geiste ge- tragen. In seinem Schlusswort gung Kollege Meyer er auf alle Distikutionsredner ein. Nach einigen internen Vereins- angelegenheiten fand die äußerst ruhige und sachliche Ver- sammlung ihren Abschluß.

Bezirk Ober Schwarzwald. Unsere Frühjahrs- versammlung fand am 19. April in dem zentral ge- legenen Kottweil statt. 152 Kollegen waren aus dem weit- verzweigten Bezirk erschienen. Bezirksvorsitzender D. Ruoff (Schwenningen) eröffnete mit herzlichen Begrüßungs- worten die Versammlung und stellte den neugewählten Bezirksvorsitzenden vor. Herzliche Antworten sollte er den Kollegen von Oberndorf, die 25 Jahre den Bezirksvorort innehaten. Einen ehrenden Nachruf widmete der Vor- sitzende dem alsu sehr verschiedenen Kollegen Leopold Haas (Schramberg), der viele Jahre dort Ortsvereins-

vorsitzender war. Zum treuen Gedenken erhoben sich die Kollegen von ihren Sitzen. Die nun erfolgten Berichte der Ortsvorsitzenden gaben zum Teil ein unerfreuliches Bild. Die Wirtschaftstrife hat auch auf dem Schwarzwald inner- halb unsrer Reichsteinschwerer Wunden geschlagen. Arbeits- losigkeit und Kurzarbeit herrschten in allen Bezirksorten. Die Lohnabbaumaßnahme wurde überall durchgeführt. Sämtliche Wähler wandten sich gegen die bestehende Leh- rungsfala. Der vom Bezirksvorstand eingebrachte Antrag betreffs außerordentlicher Unterstüttung an Erwerbslose durch die Bezirksstafte wurde fast einstimmig angenommen; desgleichen der Antrag des Bezirksorts Schwenningen, die Herbstbezirksversammlung in Schwenningen abzuhalten. Nach der Mittagspause referierte Kollege Lieber (Stuttgart) über das Thema: „Nach dem Schiedspruch“. Der Referent, der zum erstenmal in unrer Mitte weilte, hat sich mit seinem Vortrag sehr gut eingeführt. In tief schürfender Weise erläuterte er die heutige Wirtschafts- trife, die erforderliche Verkürzung der Arbeitszeit, die Regelung der Produktion, Schiedspruch, Schlichtungswesen und Notverordnung. An Hand von Zahlen wies er die un- geheure Leistung des Verbandes für Unterstüttungswende nach. Dem einstündigen Referat folgte eine eingehende Diskussion. Aus dieserklang der einmütige Wille der Schwarzwaldkollegen heraus, endlich aus der Defensiv- herauszutreten. Verband und Gewerkschaften müßten wieder zu Kampforanisationen werden. Scharf wurde das Verhalten der sozialdemokratischen und der kommunistischen Presse verurteilt anlässlich des Lohnabbaues. So wurde die Bezirksversammlung zu einer Protestkundgebung gegen Lohnabbau und Unternehmerrücktritt. Zum Schluß sprach Kollege Wagn er (Stuttgart) für die Handhe- sparte und forderte die Kollegen auf, der Sparte beizu- treten, um für die Rechte der Handhefer im Rahmen des Verbandes zu kämpfen. Der Erfolg waren mehrere Auf- nahmen. Mit einem Schlusswort des Vorsitzenden fand die von echt kollegialem Geiste getragene Versammlung ihren Abschluß. Mit der Vertsicherung, zahlreich in Schwenningen auf der Herbst-Bezirksversammlung zu erscheinen, trennten sich die Kollegen.

Plauen i. V. (Korrekturen.) Am 19. April hielt unsere Gauvereinigung ihre Jahresversammlung hier ab. Vor Eröffnung der Versammlung bot der Plauerer Kollegenvereinigung und den Korrekturen durch viele ergot durchgeführt und von angenehmen Stimmen getragene Lieder einen schönen Willkomm, der ein guter Luftst für die Verhandlungen war. Nach der offiziellen Begrüßung durch den Vorsitzenden Burche sprach der Vorsitzende des Plauerer Ortsvereins, Kollege Linke, begrüßende Worte und wünschte guten Verlauf der Tagung, ebenso Kollege Weich (Plauen) für die Ortsgruppe des Bildungsverbandes. Dann gab Kollege Burche den Jahres- und Kasfenbericht, aus denen Tätigkeit und Bewegung innerhalb der Sparte hervorging sowie eine Besserung der Kasfenverhältnisse gegenüber dem Vorjahr. Beide Berichte wurden genehmigt und der Vorstand ent- lastet. Der Punkt „Vorstandswahlen“ wurde auf Vor- schlag der Wiederwahl des alten Vorstandes durch Zuruf erledigt. Für den erstankten Kollegen Fröhge gab Kollege Burche die Gausstatistik bekannt und erörterte die Ur- sachen der verfehlten Angaben über wirklich und angeblich vorhandene Korrekturen innerhalb des Gausgebietes. Die anschließende Aussprache beschäftigte die Kritik an der Rich- tigkeit der Statistik. Als Tagungsort für die nächste Jahresversammlung wurde Chemnitz bestimmt. Unter „Sprachlichem“ verbreitete sich Kollege Rühner (Chemnitz) in interessantem Vortrag über „mir und mich“ und fand für seine Ausführungen, deren Kernpunkt die richtige An- wendung der vier Fälle war, starken Beifall. Weiter ent- spann sich über die jetzt viel propagierte absolute Klein- schreibung mit Ausnahme von Eigennamen eine längere Aussprache. Daraus ging hervor, daß die Kleinschreibung nur bei einem kleinen Teil der Kollegen Beifall findet, während der weitaus größte Teil das viele Umbilden von Tätigkeits-, Eigenchaftswörtern usw. durch Anhängen von -ung oder -heit in Hauptwörter vermeiden wissen wollte. Ebenso mißten aus dem Uden viele Wörter, die wegen eines angehängten e (z. B. Wale) groß geschrieben würden, in die vorhandene Kleinschreibung eingereiht werden. Die beabsichtigte Kleinschreibung müßte nicht nur vom typographischen Schönheits-, sondern auch vom kulturhistori- schen Standpunkt aus abgelehnt werden. Nach kurzen Schlussworten des Vorsitzenden fand die Tagung ihr Ende. — Ein sehr schöner Spaziergang durch Stadtpark und Stadt Plauen bildete den Abschluß des Tages.

Reutlingen. Inre am 19. April hier abgehaltene Früh- jahrs-Bezirksversammlung hatte einen guten Besuch aufzuweisen. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles referierte Kollege Keller vom Gauvorstand Stutt- gart über das Thema: „Nach dem Schiedspruch“. In ein- stündigem sachlichen Vortrag kam er auf die verschiedenen Erscheinungen nach dem Schiedspruch, wie wilde Streiks, besonders scharfe Resolutionen usw. zu sprechen. Er er- läuterte das Für und Wider dieser Angelegenheiten und sprach sich zum Schluß für die vöhrüberlegte Verbands- vorstandspolitik aus. Die Diskussion verlief sehr reg. Kollege Keller ging in seinem Schlusswort auf die be- handelten Fragen in der Diskussion (Königsberg, Wies- baden) ein und ermahnte die Kollegen, heute mehr denn je Gesohlossenheit zu bewahren, keine Spaltungsarbeit innerhalb der freien Gewerkschaften zu leisten, sondern stets in Wort und Tat für diese einzutreten, da nur sie die wirklichen Interessen der modernen Arbeiterbewegung vertreten. In den Berichten der Druckorte konnten die Vertreter der einzelnen Bezirksorte im allgemeinen über einen normalen Geschäftsgang berichten. Reutlingen hat 14 Arbeitslose bei einem Mitgliederstand von 145 Kollegen. Von Reutlingen verdient bemerkt zu werden, daß außer von der Firma Hensler kein Lohnabbau vorgenommen wurde. Die alte Lehrlingsfrage bei einer Firma in Reu- tlingen müßten wir wieder hören, und der Sachausfluß wurde beauftragt, hier einzutreffen. Weingen hat eben- falls momentan normalen Geschäftsgang, allerdings fünf Arbeitslose. Auch glänzte durch Abwesenheit. Kollege Bauer (Münchingen) erinnerte daran, daß der Bezirk Walm 20 Jahre bestche. Er kam u. a. darauf zu sprechen, daß heute auf dem Lande immer mehr nach dem Buch- druckerberuf gestrebt wird, in der Meinung, dort sei noch was zu holen. Es müßte, so meinte Kollege Bauer, von der Gehilfenhaft eine Schrift ausgearbeitet werden, in welcher die Eltern der jungen Leute in knapper, statistischer

Weise auf die Gefahren des Buchdruckerberufs und die wirtschlichen Arbeitsverhältnisse aufmerksam gemacht werden! Manche Eltern würden so vielleicht doch eines Bessern belehrt. Nach Anführung dieser Berichte kam Kollege Jä n g e r l e (Stuttgart) in kurzen, werbenden Worten auf die Handheferpartie zu sprechen und erluchte die Hand- heferkollegen des Bezirks, für die Gründung einer Hand- heferpartie im Bezirk Walm einzutreten. Als nächster Versammlungsort wurde Münchingen bestimmt.

Kothenheim. Inre am 19. April hier abgehaltene Be- zirks- Frühjahrsversammlung wurde im großen Saal des Druck der dortigen wirtschlichen Verhältnisse wider. Vorsitzender Kie d e r l e h n e r zeichnete in kurzen Strichen ein Bild über das abgelaufene „Sozgen“ Jahr. Unter der Arbeitslosigkeit leiden besonders die Neuausgelernten, die fast in allen Druckorten des Bezirks zur Entlassung kamen. Als Bezirkslehrlingsleiter wünschte er größeres Interesse und Mitarbeit, um eine Überfreitung der Lehrlingszahl und eine Ausnützung der jungen Kräfte zu verhindern. Kassierer Sch a d gab den Kasfenbericht. Die Verwahl des Vorstandes brachte keine Änderung. Nun folgte ein Vortrag unres Gauvorsitzenden D ö h l i n g über „Die Lage in Organisation und im Gewerbe“. Von hoher Warte aus beleuchtete er die Fehler und Schwächen der derzeitigen Wirtschaftsbewegung — angefangen vom vöhrerbordenden Weltkrieg und seinen Folgen, der Kapitalflucht, der fran- khaften Rationalisierung und Technisierung usw. Fünf Millionen Arbeitslose haben darunter zu leiden. Das Unternehmertum sucht nun eine „Besserung“ durch Abbau des Lohnes auf Friedensniveau, der Sozialgesetzgebung, Beseitigung des Betriebsrätegesetzes usw. zu erreichen. Eine Diktatur Hitler-Hugenberg wäre für das arbeitende Volk neben Krieg und Inflation das größte Unglück. Das zu verhindern, ist Aufgabe der Gewerkschaften und der poli- tischen Arbeiterparteien. Eiserne Pflicht eines jeden einzelnen Kollegen aber ist es, gegen alle Zerplitterungs- versuche energisch Front zu machen, die Organisation zu stärken und volles Vertrauen in die Verbandsleitung zu setzen. Verdienter Beifall lohnte die tiefstürfenden Aus- führungen. Mit Worten des Dankes schloß der Vorsitzende die leider nur mäßig besuchte Versammlung.

Stade. Am 25. April wurde das 25jährige Bestehen unres Ortsvereins in festlicher Weise begangen. Der Kol- legenvereinigung „Typographia“ (Bremerhaven) hatte sich bereitwillig in den Dienst der Sache gestellt. Ein- geleitet wurde die Feier durch die Duvertüre zu „Kofa- munde“. Darauf brachte die „Typographia“ mehrere Chöre zu Gehör. In der folgenden Begrüßung durch den Kollegen Th o m a konnte festgelegt werden, daß außer dem Be- zirksvorstand noch Gauvorsitzer Jähger, der Vorsitzende des Ortsausschusses sowie mehrere Vertreter aus den Mit- gliedskreisen anwesend waren. Kollege J ä h e r p als Fest- redner gab in anschaulicher Weise ein Bild von der er- spröchlichen Tätigkeit unrer Organisation, insbesondere des Stader Ortsvereins. Es ergab sich daraus, daß nur Einigkeit und Gesohlossenheit eine Besserstellung der Ar- beiterhaft ermöglichen. Das Andenken der Verstorbenen wurde durch stilles Gedenken geahrt, wobei die „Typo- graphia“ das Lied vom „Guten Kameraden“ zu Gehör brachte. Die Ehrung der Jubilare wurde vom Kollegen Thoma vorgenommen. Als äußeres Zeichen wurde jedem ein Diplom für seine Treue zur Organisation überreicht. Kollege W i l h e l m dankte im Namen der Jubilare für die Ehrung und versprach, auch in Zukunft für die Inter- essen des Verbandes zu wirken. Vom Bezirk Weser-Eise, Ortsverein Bremerhaven-Wesermünde und Ortsverein Buxtehude wurde zur Erinnerung ein Angebinde über- reicht. Ferner waren von früher hier tätigen und ver- hinderten Kollegen zahlreiche Glückwünsche eingelaufen. Abwesend brachten dann Fräulein Kleinschmidt und die „Typographia“ einige Lieder zum Vortrag. Damit wurde die offizielle Feier geschlossen. Der anschließende Ball hielt die Teilnehmer bis in die frühen Morgenstunden zu- sammen. Die Stader Kollegen haben bewiesen, daß auch sie feste feiern können. — Der Bezirk Weser-Eise hielt aus Anlaß des Jubiläums seine diesjährige, gut besuchte Bezirksversammlung am folgenden Sonntag, dem 26. April, in Stade ab. Eingeleitet wurde diese durch einen Lieberovortrag der „Typographia“. Aus dem Jahresbericht des Vorsitzenden ging hervor, daß in tariflicher Beziehung Verträge nicht zu verzeichnen waren. Leider wurde der uns aufgewogene Schiedspruch in allen Bezirksorten restlos zur Anwendung gebracht. Die Abstimmung der Kollegen über diesen Schiedspruch ist wohl berechtigt, und unsre Aufgabe muß darin bestehen, durch Einigkeit das Bestehen unrer Prinzipale, den Lohnabbau weiter aus- zuwehnen, zunächst zu machen. Aus dem Bericht des Kassierers ging hervor, daß durch die wirtschaftliche Krise sich das Arbeitslosentum gewaltig vergrößert hat. Die Kasfenführung gab zu Beanstandungen keinen Anlaß, es wurde dem Gesamtvorstand Entlastung erteilt. Aus den Ausführungen des Lehrlingsleiters ging hervor, daß unter den Jungbuchdruckern reges Interesse herrscht. In dem darauf folgenden Vortrag des Kollegen J ä h e r p über „Die wirtschaftliche Lage“ wurden den Kollegen in an- schaulicher Weise vor Augen geführt, wo die Ursachen der heutigen weltwirtschaftlichen Krise zu suchen sind. Die ein- geschlagene Taktik des Lohnabbaues trägt bestimmt nicht dazu bei, die Not der arbeitenden Bevölkerung aus der Welt zu schaffen. Überzeugend konnte der Referent nach- weisen, daß der von den Gewerkschaften vorgeschlagene Weg der richtige ist. Das Referat wurde mit großem Bei- fall aufgenommen. Der Vorstand wurde in seiner Gesamt- heit wiedergewählt. Es folgte noch die Erledigung einiger interner Angelegenheiten.

Wüdingen. Unsere Bezirksversammlung am 19. April in Wüdingen war von 83 Kollegen besucht. Be- zirksvorsitzender W ö d i s c h begrüßte nach einleitenden Worten den in unrer Mitte weilenden Gauvor- sitzer Kollegen G. Klein und gedachte anerkennend dessen 25jährigen Jubiläums als Gauvorsitzer. Die Berichte der einzelnen Ortsvereine ergaben ein getreues Spiegelbild der gegenwärtigen Wirtschaftstrife mit ihrer Arbeitslosig- keit und Kurzarbeit. Eine rühmliche Ausnahme machte ein kleiner Ortsverein, der über gute Arbeitsmöglichkeits be- richtete. Nach kurzer Aussprache, in der die Arbeitszeit- verkürzung eine Rolle spielte, nahm Kollege K l e i n das Wort zu seinem Referat „Küßlied und Ausblick“. In tief- stürfenden Ausführungen ging der Referent auf die Wirt- schaftstrife ein und entwickelte vor unsern Augen ein über-

jugendes Bild des Rückgangs der Arbeitsmöglichkeiten als Auswirkung der Rationalisierung und der mangelnden Kaufkraft der breiten Masse. Er widmete ferner der Ereignissen auf tariflichem und lohnpolitischem Gebiet längere Ausführungen und forderte die Kollegen auf, den Gewerkschaftspartnern mehr als bisher auf die Finger zu zeigen und den Bild auf das große Ganze zu rücken. Zum Schluß schilderte Kollege Klein noch die große Not untr arbeitslosen Kollegen. Die größte Tat unseres Verbandes sei die tatkräftige Unterstützung untr Arbeitslosen und Notleidenden. Vorsitzender W d i s s dankte dem Kollegen Klein für seine mit großem Belfast aufgenommenen Ausführungen und schloß nach kurzer Distillation, in welcher die Einmütigkeit der Versammlung zum Ausdruck kam. Mit einem erläuternden Schlußwort des Kollegen Klein fand die anregend und sachlich verlaufene Versammlung ihren Abschluß. — Der Versammlung voraus ging am Vormittag eine Druckerversammlung des Bezirks, die aber leider nicht zahlreich besetzt war.

Allgemeine Rundschau

Weiterprüfung. Vor der Handwerksammer Mannheim legen die Seherkollegen Georg Nagel, Friedrich Heinrich Müller, Anton John (sämtlich in Heidelberg) sowie Artur Kepner (Sinsheim) die Meisterprüfung mit gutem Erfolg ab.

Gesellenprüfung. Vor der Handwerksammer in Regensburg legten 13 Prüflinge die Gesellenprüfung ab, und zwar 10 Seher, 2 Drucker und ein Stereotypur. Im theoretischen erhielten die Note Gut 7 Seher, 2 Drucker, die Note Genügend 3 Seher. Im Praktischen erhielten die Note Gut 7 Seher, ein Drucker, die Note Genügend 3 Seher, ein Drucker. Der Stereotypur erhielt in beiden Fächern Gut.

Tarifverhandlungen im Lithographie- und Steindruckgewerbe. Vom Verband Deutscher Offset- und Stein-druckereibesitzer wurde der seit 1919 mit mehrfachen Änderungen laufende Reichstarifvertrag zum 31. Mai 1931 gekündigt und zu Verhandlungen über einen Neuaufschluß bereitwilligkeit erklärt. Diese Verhandlungen fanden vom 4. bis 6. Mai in Berlin statt, ohne zu einem Ergebnis zu führen. In 25 Anträgen verlangte der Unternehmerverband u. a. Wegfall und Herabsetzung von Schichtzulagen, billigere Gestaltung der Kurzarbeit, allgemeinen prozentigen Lohnabzug, Ermäßigung von Überstundenzulagen, Fortfall der Bezahlung von Feiertagen, die über jedes im Jahre hinausgehen, Herabsetzung der Ferienabwurf um einen Tag in jeder Stufe und Herabminderung der Entschädigung hierfür auf 65 Proz. Der Gesellenverband hatte neun Anträge gestellt, die als Notmaßnahme die Herabsetzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden und Einstellung von Arbeitslosen, Anpassung der Löhne an die tatsächlichen Verhältnisse und Veränderung in der Lehrlingsausbildung zum Ziele hatten. In den langwierigen Plenarverhandlungen konnte keine, und in den noch längeren Kommissionberatungen nur in weniger wichtigen Dingen Annäherung erzielt werden. Die Unternehmer beharrten auf gleichzeitiger Herabsetzung der Löhne, während die Gesellen die geringeren Löhne schon oder in näherem Maße herabgesetzt sehen wollten. Bei der in der Spitze bis zu 40 Proz. gehenden Lohnspannung zwischen einzelnen Druckorten und den Spannungen von 20 und mehr Prozent zwischen Orten gleicher Produktion und gleiche betrieblichen Einrichtungen hat sich allmählich eine Grundlage herausentwickelt, die zu den schwersten Gefahren für das Gewerbe geführt hat. Das Verlangen der Unternehmer lief darauf hinaus, daß diese ungelunden Verhältnisse erhalten geblieben wären. Dem konnten die Gesellen nicht zustimmen. Damit sind auch die geringer zu bewertenden Veränderungen des Tarifs gegenstandslos geworden, weil über den Lohnabzug eine freie Vereinbarung unmöglich war. Mit Wahrscheinlichkeit kann angenommen werden, daß nunmehr das Reichsarbeitsministerium eingreifen wird, denn es handelt sich um einen Reichstarifvertrag, der 12 Jahre bestanden hat und größere Konflikte im Gewerbe nicht eintreten ließ. Erfolgt ein solcher Eingriff nicht, so beginnt am 1. Juni eine tariflose Periode.

Zeichen der Zeit. In „Altmichs Druckeranzeiger“ war kürzlich folgendes Angebot unter Stellungszeichen zu lesen: „Wichtiger Buchdrucker (Seher, Drucker und Typograph) 29 Jahre, Nichtverbandsmitglied, sucht Stellung. Bezahlung nach Übereinkunft. Angebote unter 070 an den Verlag dieses Blattes.“ Trotz der riefigen Arbeitslosigkeit unter den Buchdruckern ist ein solch charakterloses Angebot glücklicherweise höchst selten zu finden. Mit der angepriesenen beruflichen Tüchtigkeit eines so schätzbaren Lohnräubers ist es bestimmt nicht weit her.

Neues Unfallverhütungsbild. Wie uns vom Vorstand der Deutschen Buchdrucker-Berufsgenossenschaft zweites Bekanntgabe mitgeteilt wurde, gelangt demnächst ein neues Unfallverhütungsbild, betitelt „Enge Kleidung schützt dich“, nebst dem Wertzettel für den Ausgang der Unfallverhütungsbilder zum Verkauf.

Die neue Jury für die Auswahl der 50 Bilder. Der Vorstand der Deutschen Buchdruckervereinigung hat der Deutschen Bilderei für die Neuwahl des aus acht Personen bestehenden Preisgerichts vorgenommen, das alljährlich aus den Beständen der Deutschen Bilderei die 50 nach Druck, Bild und Einband schönsten deutschen Bilder auswählt und am „Tag des Buches“ bekanntgibt. Gewählt wurden Bruno Dreher, Vorsitzender, des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker (Berlin); Professor Dr. Kurt Glaser, Direktor der Staatlichen Kunsthochschule (Berlin); Herbert Hoffmann, Verlagshauptredakteur (Stuttgart); Dr. Ing. e. h. Karl Klingporz (Offenbach a. M.); Karl Ernst Poeschl, Buchdruckereibesitzer (Leipzig); Hans Sternheim, Direktor der Allgemeinen Verlags- und Druckerei-Gesellschaft m. b. H. W. Bilzenstein (Berlin); Professor Dr. h. c. Walter Triemann, Direktor der Staatlichen Akademie für graphische Künste und Buchgewerbe (Leipzig); Dr. Wilhelm Wiegand, Leiter der Bremer Presse (Wienheim). Die Amtsdauer der neuen Jury währt bis zum „Tag des Buches“ 1933.

Zur Arbeitsmarktlage. Dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zufolge ist die Zahl der Arbeitslosen um fast 240 000, die der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung um rund 216 000 zurückgegangen; in der Krisenfur-

sorge ist noch ein leichtes Ansteigen um rund 12 000 zu verzeichnen. Ende April 1930 betrug die Zahl der Arbeitslosen 2 787 000. Ende April 1931 betrug sie 4 389 000. Die Überlagerung gegenüber dem Vorjahr ist mit 1 607 000 fast gleich groß geblieben gegenüber der Überlagerung (1 614 000) zur Zeit des Höchststandes der Arbeitslosigkeit. Ist also der saisonmäßige Rückgang der Arbeitslosigkeit abgesehen gleich groß, so ist der prozentuale Rückgang in jedem Jahre wesentlich niedriger, da die Arbeitslosenzahl um rund 1 600 000 höher ist. Hier liegt einwandfrei und klar zutage, daß die offizielle Politik des Lohnabbaues, die im Mai des Vorjahres begann, zu einer verhängnisvollen Steigerung der Arbeitslosigkeit geführt hat. Diese Steigerung ist allein viel größer als die Gesamtzahl der Arbeitslosen in normalen Zeiten. Von je 100 Arbeitslosen wurden Ende März — die Zahlen für Ende April stehen noch nicht fest — 88,1 unterstützt. Von der Gesamtzahl der Unterstützten entfielen auf die Arbeitslosenversicherung 55,4 Proz., auf die Krisenfurjsorge 22,1 Proz., auf die öffentliche Fürsorge 22,5 Proz. An der Besserung der Arbeitsmarktlage haben alle Bezirke, wenn auch in verschiedenem Maß, teilgenommen.

Staatshilfe für die Arbeitslosenfürsorge der preussischen Gemeinden. Vom Preussischen Staatsrat wurde vor kurzem ein Zintragelohentwurf einstimmig angenommen, wonach sich der preussische Staat im Rechnungsjahr 1931 mit einem Betrag von 250 Millionen Mark an den Kosten der Arbeitslosenfürsorge beteiligen soll. Die Mittel sollen auf die Bezirksfürsorgeverbände verteilt werden, und zwar einmal nach der Zahl der Wohlfahrtszwecklosen in den Fürsorgeverbänden und zum andern nach dem Bedarfsfuß, der unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse durchschmittlich für den einzelnen Unterfall festgelegt wird. Das Gesetz soll rückwirkend ab dem 1. April d. J. an erlassen.

Der große Fehlbetrag im Staatshaushalt. Vom Reichsfinanzministerium wurde dieser Tage der Presse mitgeteilt, daß sich für das Steuerjahr 1930/31 im Ordentlichen Haushaltsplan ein Fehlbetrag von 938,6 Millionen Mark ergibt. Im Außerordentlichen Etat wird der Fehlbetrag auf 261 Millionen Mark angegeben, so daß sich der Gesamtbetrag auf über 1200 Millionen Mark beläuft. Die schwebende Schuld war bis Ende des Steuerjahres (31. März 1931) auf 1709,5 Millionen Mark angewachsen.

Berbilligte Gesellschaftsfahrten. Die Reichsbahn gewährte im Reiseverkehr bisher schon Fahrpreismäßigungen für Gesellschaftsfahrten, die in geschlossenen Gruppen oder in Sonderzügen durchgeführt werden. Diese Fahrpreismäßigungen hat die Reichsbahn seit kurzem (1. Mai dieses Jahres) noch erweitert. So soll bei Gesellschaftsfahrten, je nach der Zahl der Teilnehmer, eine Ermäßigung von 25 bis 33 Proz. gegenüber den sonst üblichen Fahrpreisen gewährt werden. Die Mindestteilnehmerzahl für Gesellschaftsfahrten wird von 20 auf 15 Personen herabgesetzt; bei einer Teilnahme bis zu 20 Personen soll die Ermäßigung 25 Proz., bei einer Teilnahme von über 50 Personen 33 Proz. betragen. Darüber hinaus sollen bei über 30 Teilnehmern eine Freifahrt, bei über 50 Teilnehmern zwei Freifahrten gewährt werden. Bei Gesellschaftsfahrten wird die bisherige Fahrpreismäßigung von 33 Proz. auf 40 Proz. heraufgesetzt. Bei einer Teilnehmerzahl von über 600 Reisenden 3. Klasse oder 400 Reisenden 2. Klasse oder 200 Reisenden 1. Klasse steigt die Ermäßigung auf 50 Proz., sofern als Mindesteinnahme 400 M. erreicht werden. Für Feriensonderzüge wurden bisher 10 Proz. Ermäßigung der Fahrpreise gewährt; diese Ermäßigung soll auf 20 Proz. erhöht. Im Rahmen dieser Maßnahmen sollen für Zugenpösgesellschaften auch die Schnellzüge freigegeben werden, und zwar unter denselben Bedingungen wie für Schulfahrten. Die Mindestentfernung von 150 Kilometern bei der Benutzung von Schnellzügen, die bisher für Schulfahrten galt, wird aufgehoben; auch werden die Bestimmungen über die Zulassung von Begleitpersonen bei Schulfahrten gelockert.

Abrechnung der Verbandskasse über das 1. Quartal 1931

Die Einnahmen und Ausgaben in den Gauen beziehen sich auf die Monate Oktober, November, Dezember 1930

Einnahmen:	
Einkaufsbeleg, Beiträge usw. in den Gauen im 4. Quartal 1930 und sonstige Einnahmen (Bilfen usw.)	2.454.788,51 RM.
Zufuß	537.160,54 RM.
Summa	2.991.949,05 RM.

Ausgaben:	
Unterstützungen in den Gauen im 4. Quartal 1930, Verwaltung usw.	2.966.581,90 RM.
Aberweisung an die Unterstütsungsreferate	25.367,25 RM.
Summa	2.991.949,05 RM.

Stand am 31. März 1931

Aktiva:	
Verband und Postcheckkonto	10.028,77 RM.
Bankguthaben	1.105.187,46 RM.
Vorkasse der Gawe	354.645,09 RM.
Bareisen	174.331,04 RM.
Treuhandvermittlung	3.061.677,83 RM.
Wertpapiere und Anlagen	2.850.226,65 RM.
Summa	7.784.034,84 RM.

Passiva:	
Einfendungen auf die Überschüsse des 1. Quartals 1931	157.677,14 RM.
Unterstützungsreferate	2.906.628,08 RM.
Verbandsvermögen am 31. März 1931	4.719.728,62 RM.
Summa	7.784.034,84 RM.

Berlin, 18. April 1931.

H. Schweinitz, Kassierer.

Vorstehender Kassenabluß ist revidiert, in gehöriger Ordnung befunden und der buchmäßige Tageskassenstand in Belegen und Kasse festgesetzt worden.

Berlin, 26. April 1931.

Die Revisionskommission:

gez. Ditto Fleper, gez. Wilhelm Kießbeck, gez. D. Trencke.

Den vorstehenden Kassenabluß haben wir geprüft und mit den ordnungsmäßig geführten Büchern, Belegen und Unterlagen des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, Berlin, in Übereinstimmung befunden.

Berlin, 11. Mai 1931.

(Stempel)

Gesellschaft für Vermögensverwaltung und -vermittlung (Treuhänder u. Revisionsm. m. b. H.)
gez. Heilberg, gez. p. Dr. Kirschner.

Auszug aus den Protokollen der Vorstandssitzungen im vierten Quartal 1930

1. Sitzung am 2. März 1931 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

1. Sitzung am 2. März 1931 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

2. Sitzung am 9. März 1931 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

3. Sitzung am 16. März 1931 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

4. Sitzung am 23. März 1931 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

5. Sitzung am 30. März 1931 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

6. Sitzung am 6. April 1931 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

7. Sitzung am 13. April 1931 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

8. Sitzung am 20. April 1931 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

9. Sitzung am 27. April 1931 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

10. Sitzung am 4. Mai 1931 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

11. Sitzung am 11. Mai 1931 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

12. Sitzung am 18. Mai 1931 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

13. Sitzung am 25. Mai 1931 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

14. Sitzung am 1. Juni 1931 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

15. Sitzung am 8. Juni 1931 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

16. Sitzung am 15. Juni 1931 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

17. Sitzung am 22. Juni 1931 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

18. Sitzung am 29. Juni 1931 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

19. Sitzung am 6. Juli 1931 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

20. Sitzung am 13. Juli 1931 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

21. Sitzung am 20. Juli 1931 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

22. Sitzung am 27. Juli 1931 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

23. Sitzung am 3. August 1931 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

24. Sitzung am 10. August 1931 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

25. Sitzung am 17. August 1931 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

26. Sitzung am 24. August 1931 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

27. Sitzung am 31. August 1931 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

28. Sitzung am 7. September 1931 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

29. Sitzung am 14. September 1931 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

30. Sitzung am 21. September 1931 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

31. Sitzung am 28. September 1931 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

32. Sitzung am 5. Oktober 1931 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

33. Sitzung am 12. Oktober 1931 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

34. Sitzung am 19. Oktober 1931 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

35. Sitzung am 26. Oktober 1931 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

36. Sitzung am 2. November 1931 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

37. Sitzung am 9. November 1931 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

38. Sitzung am 16. November 1931 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

39. Sitzung am 23. November 1931 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

40. Sitzung am 30. November 1931 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

41. Sitzung am 7. Dezember 1931 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

42. Sitzung am 14. Dezember 1931 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

43. Sitzung am 21. Dezember 1931 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

44. Sitzung am 28. Dezember 1931 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

45. Sitzung am 4. Januar 1932 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

46. Sitzung am 11. Januar 1932 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

47. Sitzung am 18. Januar 1932 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

48. Sitzung am 25. Januar 1932 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

49. Sitzung am 1. Februar 1932 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

50. Sitzung am 8. Februar 1932 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

51. Sitzung am 15. Februar 1932 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

52. Sitzung am 22. Februar 1932 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

53. Sitzung am 1. März 1932 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

54. Sitzung am 8. März 1932 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

55. Sitzung am 15. März 1932 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

56. Sitzung am 22. März 1932 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

57. Sitzung am 29. März 1932 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

58. Sitzung am 5. April 1932 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

59. Sitzung am 12. April 1932 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

60. Sitzung am 19. April 1932 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

61. Sitzung am 26. April 1932 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

62. Sitzung am 3. Mai 1932 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

63. Sitzung am 10. Mai 1932 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

64. Sitzung am 17. Mai 1932 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

65. Sitzung am 24. Mai 1932 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

66. Sitzung am 31. Mai 1932 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

67. Sitzung am 7. Juni 1932 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

68. Sitzung am 14. Juni 1932 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

69. Sitzung am 21. Juni 1932 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

70. Sitzung am 28. Juni 1932 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

71. Sitzung am 5. Juli 1932 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

72. Sitzung am 12. Juli 1932 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

73. Sitzung am 19. Juli 1932 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

74. Sitzung am 26. Juli 1932 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

75. Sitzung am 2. August 1932 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

76. Sitzung am 9. August 1932 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

77. Sitzung am 16. August 1932 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

78. Sitzung am 23. August 1932 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

79. Sitzung am 30. August 1932 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

80. Sitzung am 6. September 1932 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

81. Sitzung am 13. September 1932 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

82. Sitzung am 20. September 1932 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

83. Sitzung am 27. September 1932 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

84. Sitzung am 4. Oktober 1932 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

85. Sitzung am 11. Oktober 1932 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

86. Sitzung am 18. Oktober 1932 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

87. Sitzung am 25. Oktober 1932 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

88. Sitzung am 1. November 1932 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

89. Sitzung am 8. November 1932 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

90. Sitzung am 15. November 1932 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

91. Sitzung am 22. November 1932 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

92. Sitzung am 29. November 1932 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

93. Sitzung am 6. Dezember 1932 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

94. Sitzung am 13. Dezember 1932 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

95. Sitzung am 20. Dezember 1932 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

96. Sitzung am 27. Dezember 1932 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

97. Sitzung am 3. Januar 1933 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

98. Sitzung am 10. Januar 1933 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

99. Sitzung am 17. Januar 1933 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

100. Sitzung am 24. Januar 1933 in der Sitzungsaal der Gewerkschaften in der Gauen Hamburg-Altona, Neuba und Altona.

